

AntragstellerIn:

David Werdermann

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

1. Der Studierendenrat fordert die Abschaffung von Mitbestimmungsrechten der katholischen Kirche bei der Besetzung der sogenannten Konkordatslehrstühle (Lehrstuhl für Philosophie und Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte II, beide an der philosophischen Fakultät) und des Lehrstuhls für Christliche Archäologie und Byzantinische Kunstgeschichte im Institut für Archäologische Wissenschaften, der „konkordatsähnlich“ behandelt wird.
2. Darüber hinaus fordert der Studierendenrat die Abschaffung der theologischen Fakultät.

Begründung:

Zu 1. sei auf den beigefügten Brief der Humanistischen Union an Erzbischof Peter Burger sowie auf den ebenfalls beigefügten Artikel aus der berta verwiesen.

Zu 2.: Auch die Existenz der theologischen Fakultät widerspricht dem – leider unvollständig umgesetzten – Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche. Sofern an der theologischen Fakultät wissenschaftlich gearbeitet wird, kann diese Arbeit ebenso an anderen Fachbereichen (Religionswissenschaft, Geschichte, Philosophie, Literaturwissenschaft, Rechtswissenschaft) betrieben werden. Der Kirche ist es zudem unbenommen mit eigenen Geldern private Hochschulen für die Ausbildung von Geistlichen zu betreiben.

Bundsvorstand:

Werner Koop-Kerstin, Vorsitzender
 Norman Bäuerle
 Tobias Baur
 Anja Heinrich
 Mara Kunz
 Prof. Dr. Martin Kutscha
 Helga Lenz
 Dr. Kirsten Wiese
 Prof. Dr. Rosemarie Will

Beiratsmitglieder:

Prof. Edgar Baeger
 Prof. Dr. Thea Bauriedl
 Prof. Dr. Lorenz Böllinger
 Daniela Dahn
 Dr. Dieter Deiseroth
 Prof. Dr. Erhard Denninger
 Prof. Dr. Johannes Feest
 Ulrich Finckh
 Prof. Dr. Monika Frommel
 Prof. Dr. Hansjürgen Garstka

Dr. Klaus Hahnzog
 Dr. Heinrich Hannover
 Dr. Detlef Henschel
 Prof. Dr. Hartmut von Hentig
 Heide Hering
 Dr. Dr. h.c. Burkhard Hirsch
 Friedrich Huth
 Prof. Dr. Herbert Jäger
 Elisabeth Kilali
 Dr. Thomas Krämer
 Ulrich Krüger-Limberger

Renate Künast, MdB
 Prof. Dr. Rüdiger Lautmann
 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB
 Dr. Till Müller-Heidelberg
 Dr. Gerd Pflaumer
 Claudia Roth, MdB
 Jürgen Roth
 Prof. Dr. Fritz Sack
 Klaus Scheunemann
 Georg Schlaga
 Helga Schuchardt

Prof. Klaus Staack
 Prof. Dr. Ilse Staff
 Werner Vitt
 Prof. Dr. Alexander Wittkowsky
 Rosi Wolf-Almanasreh
 Prof. Dr. Karl-Georg Zinn

Geschäftsführung:
 Sven Lüders

Stand: Juni 2013

BÜRGERRECHTSORGANISATION seit 1961, vereinigt mit der Gustav Heinemann-Initiative

HUMANISTISCHE UNION e.V. Landesverband Baden-Württemberg

c/o Rechtsanwalt Dr. Udo Kauß, Herrenstraße 62, 79098 Freiburg

Herrn Erzbischof
 Stephan Burger
 Schoferstraße 2
 79098 Freiburg

Tel: 0761 / 70 20.93
 Fax: 0761 / 70 20 59
 Hum-bawu@home.minuskel.de
 www.humanistische-union.de

**Humanistische
 Union**

Freiburg, 24.09.2014

Betreff: Konkordatslehrstühle an der Albert-Ludwig-Universität Freiburg

Sehr geehrter Herr Erzbischof Stephan Burger,

zunächst möchten wir Ihnen herzlich zur Ernennung und Weihe zum Erzbischof von Freiburg gratulieren. Hierbei möchten wir Sie auf ein Thema ansprechen, bei dem wir dringenden Handlungsbedarf zunächst der Erzdiözese Freiburg sehen.

An der Universität Freiburg existieren zwei sog. Konkordatslehrstühle, also Lehrstühle außerhalb der theologischen Fakultät, bei deren Besetzung die katholische Kirche dennoch maßgeblich beteiligt wird. Rechtsgrundlage für die Schaffung dieser sog. Konkordatslehrstühle ist das am 09. Dezember 1932 vom damaligen Landtag der Republik Baden beschlossene „Gesetz zu dem Vertrag (Konkordat) mit dem Heiligen Stuhle“. Am 11. März 1933 wurde das Konkordat ratifiziert.

Es handelt sich um den Lehrstuhl für Philosophie (derzeit Prof. Dr. Maarten J.F.M. Hoenen) und den Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte II (derzeit Prof. Dr. Birgit Studt).

Auch an bayerischen Universitäten gibt es sog. Konkordatslehrstühle. Ihre bayerischen Kollegen haben bereits Anfang 2013 angekündigt, zukünftig auf ihre aus dem Konkordat resultierenden Mitbestimmungsrechte zu verzichten.

Wir sehen in dieser Entscheidung der bayerischen Bischöfe einen wichtigen Schritt, um einen in der damaligen besonderen politischen Situation geschaffenen

Rechtszustand wieder in die gesellschaftliche und verfassungsrechtliche Normallage zu überführen, die durch die Trennung von Staat und Kirche gekennzeichnet ist.

Wir appellieren deshalb an Sie, dem Beispiel Ihrer bayerischen Kollegen zu folgen, insbesondere aus folgenden Gründen:

- Es gibt keinen sachlichen Grund für die Beteiligung der katholischen Kirche an Berufungsverfahren einer fachfremden philosophischen Fakultät.
- Die einwandfreie Eignung zur Ausbildung auch der Theologiestudierenden ist eine Selbstverständlichkeit. Professorinnen und Professoren werden in ihren Fächern als für die Ausbildung aller dort Studierenden geeignet ausgewählt.
- Zwar wird das Mitbestimmungsrecht der Kirche so gehandhabt, dass die betroffenen Lehrstuhlinhaberinnen und -inhaber nicht katholisch sein müssen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob auch Anhängerinnen und Anhänger anderer Religionen oder Atheistinnen und Atheisten Ihre Zustimmung finden würden. Auch hinsichtlich der vertretenen Lehren (z.B. Kirchenkritik, laizistische Positionen) und des Lebenswandels (z.B. Homosexualität, zweite Ehe) besteht einiger Dissens mit kirchlichen Lehren und damit die Gefahr von Ausschlusses und Diskriminierung, wie sie in vielen anderen Tätigkeitsbereichen von der katholischen Kirche leider nur allzu bekannt sind.
- Diese Diskriminierungen verstoßen gegen zahlreiche Bestimmungen unseres Grundgesetzes: gegen das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern unabhängig vom religiösen Bekenntnis (Art. 33 Abs. 2 und 3 GG), den Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG) sowie die Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG).
- Auch wenn die katholische Kirche nicht von ihrem förmlichen Einspruchsrecht Gebrauch macht, besteht die doch mitzudenkende Möglichkeit, dass die Universität, um Konflikte zu vermeiden und gewissermaßen im vorausseilenden Gehorsam das ihr gegebene Auswahlrecht praktiziert.
- Für die meisten Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und gerade auch die Studierenden ist nicht erkennbar, dass die katholische Kirche bei der Besetzung nicht-theologischen Lehrstühle ein Mitbestimmungsrecht hat. Wäre dieses Mitbestimmungsrecht allgemein bekannt, dann müsste mit wohl mit einigem öffentlichen Protest gerechnet werden, der sich dagegen richtet, dass die katholische Kirche unterschwellig ihre Lehren in den wissenschaftlichen Diskurs einfließen lassen könnte, statt sich mit offenem Visier den Diskussionen unserer Zeit zu stellen. Ein solches Recht halten wir für nicht mehr gesellschaftlich vermittelbar, jenseits dessen grundrechtlicher Problematik.

Aus diesen mehrfachen und – wir meinen - guten Gründen möchten wir Sie bitten, von sich aus auf jegliche Mitwirkung bei der Besetzung der noch so genannten Konkordatslehrstühle in Ihrem Zuständigkeitsbereich, also der Universität Freiburg, zu verzichten und diesen Verzicht durch öffentliche Erklärung zu dokumentieren. Und darüber hinaus - wie in Bayern schon geschehen – im Rom vorstellig zu werden, um beim „Heiligen Stuhl“ als dem eigentlichen Vertragspartner des Konkordats nicht nur auf die bloße Ausübung dieses Mitwirkungsrechtes zu erreichen, sondern einen rechtsverbindlichen Verzicht auf das im Konkordatsgesetz von 1932 verankerte Mitwirkungsrecht.

Wir stehen für Rücksprachen bereit, gerne auch in einem persönlichen Gespräch unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertreter der Universität und des Wissenschaftsministeriums.

Wir würden uns freuen, wenn wir bis zum Vorlesungsbeginn am **20.10.2014** eine Antwort von Ihnen vorliegen haben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. phil. Udo Kauß

als Vorsitzender

Walburga Büchel

als Mitglied

des Landesvorstandes Baden-Württemberg der Humanistischen Union

vereinigt mit der Gustav-Heinemann-Initiative e.V.

zugleich auch im Auftrag für das weitere Mitglied des Landesvorstandes

Prof. Dr. Britta Schinzel

Zur Kenntnis an:

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg Theresia Bauer

Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jochen Schiewer

Dekan der Philosophischen Fakultät Prof. Dr. Hans-Helmuth Gander

Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Freiburg

Hochschul- und religionspolitische Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen

Wissenschaft im Namen des Herrn

Bei der Besetzung von drei Lehrstühlen an der philosophischen Fakultät redet die Kirche mit

Konkordatslehrstühle sind Lehrstühle, die außerhalb der theologischen Fakultät angesiedelt sind, bei deren Besetzung die katholische Kirche aber trotzdem mitredet. In Bayern haben die Bischöfe Anfang 2013 angekündigt, zukünftig auf ihr Mitspracherecht zu verzichten. In Freiburg wird an den umstrittenen Konkordatslehrstühlen festgehalten. Es geht um einen Lehrstuhl für Philosophie, derzeit von Maarten J.F.M. Hoenen besetzt, sowie den Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte II, den Birgit Studt bekleidet. Daneben gibt es den Lehrstuhl für Christliche Archäologie und Byzantinische Kunstgeschichte im Institut für Archäologische Wissenschaften, der „konkordatsähnlich“ behandelt wird.

Die Entstehung der Konkordatslehrstühle in Freiburg

Die Wurzeln der Konkordatslehrstühle reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Bereits 1893 wurde ein Lehrstuhl für Geschichte, 1903 ein Lehrstuhl für Philosophie eingerichtet, die jeweils mit Katholiken zu besetzen waren. Dahinter standen die Bemühungen der katholischen Kirche, an der bis dahin von Protestanten dominierten Universität eine Parität herzustellen. Dieser Gedanke spielte auch bei Verabschiedung des Badenkonkordats von 1932 eine Rolle. Hinzu kam jedoch, dass durch das Badenkonkordat die im Zuge des badischen Kulturexamens erfolgte Verpflichtung von Theologiestudierenden zu einer philosophisch-theologischen Grundausbildung vertraglich geregelt wurde. Im Gegenzug verlangte die katholische Kirche die vertragliche Absicherung der Lehrstühle.¹

Die Verabschiedung des Gesetzes zum Badenkonkordat verlief nicht ohne Reibungen. Das Zentrum war die einzige Partei im damaligen Landtag, die den Vertrag

mit dem Vatikan und die zugesicherten Professuren bedingungslos unterstützte. Widerstand gab es nicht nur aus den Oppositionsparteien, sondern auch von der nationalliberalen Deutschen Volkspartei und der SPD, die zusammen mit dem Zentrum die Regierungskoalition bildeten. Die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Konkordats waren so groß, dass die SPD 1932 die Regierung verließ, die damit über keine eigene Mehrheit mehr verfügte. Die Abstimmung fiel dann auch denkbar knapp aus. Am 9. Dezember wurde mit 44 zu 42 Stimmen das Gesetz zum Konkordat verabschiedet, weil zwei Oppositionsabgeordnete fehlten.²

Im Schlussprotokoll zu Artikel IX des Badenkonkordats heißt es seither: „Im Hinblick auf die in Art. VII geforderte philosophisch-theologische Ausbildung wird der Badische Staat dafür Sorge tragen, daß an der Universität Freiburg je eine Professur für Philosophie und Geschichte besteht, die mit je einer Persönlichkeit besetzt wird, welche für die einwandfreie Ausbildung der Theologiestudierenden geeignet ist.“ Bei dem Konkordat handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen der Republik Baden mit dem Vatikan. An diesen ist Baden-Württemberg als Rechtsnachfolger der Republik Baden bis heute gebunden.

Widerstand an der philosophischen Fakultät

Auch an der Universität Freiburg stieß das Konkordat auf Ablehnung. Unmittelbar nach der Verabschiedung des Gesetzes reichte die philosophische Fakultät eine Eingabe ein, in der sie kritisierte, nicht an den Verhandlungen beteiligt worden zu sein, und forderte eine Erklärung der Regierung, dass „die Aufgabe der beiden Lehrstuhlinhaber weder auf die Ausbildung der Theologen beschränkt, noch wesentlich durch diese zur Sonderaufgabe

bestimmt sei, und daß der kirchlichen Instanz kein Mitbestimmungs- und Einspruchsrecht zustehe.“³

Die Eingabe leitete der damalige Rektor Josef Sauer an den Kultusminister weiter – was ihm teuer zu stehen kam: Dem Theologen wurde wegen seiner Kritik am Konkordat seitens der Kirche die Erhebung zum Prälaten verweigert. Erzbischof Gröber schrieb in einem Brief an den Vatikan: „Zu meinem Bedauern hörte ich, daß von Universitätskreisen beim badischen Kultusministerium Schritte unternommen worden sind gegen jenen Artikel, der von den Weltanschauungsprofessuren handelt. Leider hat diesen Schritt auch der Theologieprofessor und derzeitige Rektor der Universität Sauer unterschrieben. Nun läuft zur Zeit unsere Eingabe in Rom, um Sauer zum Prälaten erheben zu lassen. Ich meine, das Beste wäre auch in diesem Falle: Si dilata! Hätten Sie die Freundlichkeit, Se. Eminenz davon zu unterrichten. Quertreibern gegen das Konkordat oder Teile desselben verdienen die Prälatur vorerst nicht. Es tut mir um Sauer leid, weil er wissenschaftlich eine Auszeichnung wohl verdienen würde.“⁴

Anfang der 1940er Jahre schaffte die philosophische Fakultät den Konkordatslehrstuhl für Philosophie ab und richtete stattdessen einen Lehrauftrag ein, der die philosophische Ausbildung der Theologiestudierenden gewährleisten sollte. Sie erhielt dabei Unterstützung von der nationalsozialistischen Landesregierung, obwohl sich die katholische Kirche ansonsten gut mit den Nazis arrangiert hatte und das Reichskonkordat von 1933 ausdrücklich die Fortgeltung der Länderkonkordate feststellte. 1946 wurde der Konkordatslehrstuhl für Philosophie wieder hergestellt.⁵

Im Jahr 2008 ist ein dritter Lehrstuhl hinzugekommen, der „konkordatsähnlich“

behandelt wird. Dabei handelt es sich um den Lehrstuhl für Christliche Archäologie und Byzantinische Kunstgeschichte der im Zuge von Umstrukturierungen von der theologischen Fakultät zum an der philosophischen Fakultät angesiedelten Institut für Archäologische Wissenschaften wechselte. Der Lehrstuhl ist jetzt von der theologischen Fakultät kooptiert und unterliegt den gleichen Bestimmungen wie ordentliche Theologie-Professuren. Rechtsgrundlage ist eine Vereinbarung zwischen der philosophischen und der theologischen Fakultät.

Wer entscheidet?

Im Unterschied zu anderen Konkordaten legt das Badenkonkordat nicht fest, wer über die Eignung entscheidet. Der Jurist Konrad Tillmann geht von einem echten Vetorecht des Bischofs aus, das auch nach der Berufung als Beanstandungsrecht fortgilt. Andere sehen in der Bestimmung ein unverbindliches Anhörungsrecht, verbunden mit der Verpflichtung, im Konfliktfall eine freundschaftliche Einigung anzustreben. Die Befugnis zur letztendlichen Entscheidung liege beim Staat.

In der Praxis läuft es so, dass zunächst die Universität das Auswahlverfahren durchführt und anschließend der Bischof um Zustimmung gebeten wird. Zu einem Konfliktfall sei es nach Angaben der Universität bisher nicht gekommen. Grund dafür könnte auch sein, dass die Universität schon im Auswahlverfahren Rücksicht auf die Vorstellungen der katholischen Kirche nimmt und dass bestimmte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich gar nicht erst bewerben.

Die Eignung zur einwandfreien Ausbildung der Theologiestudierenden

Hinsichtlich des anzulegenden Maßstabs wird zum Teil vertreten, dass die Kriterien, die für Hochschullehrerinnen und -lehrer der theologischen Fakultät gelten, analog anzuwenden sind. Aber auch Autorinnen und Autoren, die diese Auffassung ablehnen, gehen davon aus, dass „die betreffenden Gelehrten keine Lehren vertreten dürfen, die geeignet sind, den Glauben der katholischen Kirche zu zerstören und die Disziplin der Kirchenmitglieder zu untergraben“, und dass „dauernde grobe, öffentlich bekannte und ärgerniserregende Verstöße gegen die

Grundgebote christlicher Sittlichkeit die Eignung für die ‚einwandfreie Ausbildung der Theologiestudierenden‘ in Frage stellen können.“⁶ Sind homosexuelle oder in zweiter Ehe lebende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler also auf den beiden Lehrstühlen nicht erlaubt?

Modernere Auslegungen stellen auf die Forschungsgebiete der Bewerberinnen und Bewerber ab. In diese Richtung deuten auch jüngere Äußerungen der Erzdiözese Freiburg, nach denen es um das Themenspektrum gehe, „etwa ob Kirchengeschichte zum Arbeitsfeld gehöre“. Die Religionszugehörigkeit spiele keine Rolle.⁷ Tatsächlich ist Birgit Studt, die momentan den Lehrstuhl für Philosophie bekleidet, Protestantin.



Darf nicht nur an der theologischen Fakultät mitreden: Stephan Burger, der neue Bischof von Freiburg.

Der Theologe Thomas Neumann, der im Zuge seiner Promotion mit Vertretern der Kirche gesprochen hat, berichtet jedoch, dass nicht eindeutig auf die Frage geantwortet wurde, ob auch Atheistinnen und Atheisten akzeptiert würden. Dies deute darauf hin, dass die Kirche darin ein Problem sehe. Zumindest sei davon auszugehen, so Neumann, dass ein „aggressiver Laizismus“, wie er beispielsweise von einigen Personen aus der Humanistischen Union vertreten werde, zu einer Ablehnung führen würde.

Bewegung in Bayern

Die meisten Konkordatslehrstühle gibt es in Bayern: 21 Professuren für Pädagogik, Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie. Schon 1980 gab es eine Klage, die der bayrische Verfassungsgerichtshof mit der Begründung abwies, dass der Staat in

Bildungsangelegenheiten auf die Zusammenarbeit mit der Kirche angewiesen sei.

Inzwischen wird in zwei neuen Verfahren um die Konkordatslehrstühle gestritten. Die Philosophieprofessorin Ulla Wessels geht im Wege der „Konkurrentenklage“ gegen die Besetzung der Professur für Praktische Philosophie an der Universität Erlangen-Nürnberg vor. Sie selbst hatte sich beworben und wurde abgelehnt. In einem anderen Verfahren geht es um die inzwischen erfolgte Neuausschreibung. Beide Verfahren sind inzwischen beim Bundesverfassungsgericht, das noch nicht entschieden hat, ob es sie zur Entscheidung annimmt.

Wessels, die von verschiedenen laizistischen Organisationen unterstützt wird, argumentiert, dass sie nicht die gleichen Chancen auf eine Berufung habe, weil sie keine Katholikin sei und öffentlich Positionen zum Thema Abtreibung vertrete, die denen der katholischen Kirche widersprechen. Dies verletze das von Art. 33 Grundgesetz verbürgte Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern unabhängig vom religiösen Bekenntnis, den Gleichbehandlungsgrundsatz und die Wissenschaftsfreiheit. Darüber hinaus verstoße das Konkordat gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die zugrunde liegende europäische Richtlinie.

Anfang 2013 erklärten die bayrischen Bischöfe überraschend, in Zukunft auf ihr Mitbestimmungsrecht verzichten zu wollen. Die Klägerinnen und Kläger vermutet hinter diesem Schritt die Angst vor einer für die Kirche negativen Entscheidung aus Karlsruhe. Jetzt wird um die konkrete Ausgestaltung des Verzichts gestritten. Während das bayrische Wissenschaftsministerium eine offizielle Verzichtserklärung ausreichen lassen will, bestehen die Grünen im bayrischen Landtag sowie die Klägerinnen und Kläger auf eine Änderung des Konkordats.⁸ Nach Angaben der bayrischen Grünen laufen derzeit Gespräche zwischen den deutschen Bischöfen und dem Vatikan um eine rechtsverbindliche Grundlage für den Verzicht zu schaffen.

Uni Freiburg: Die letzte Bastion der Kirche?

Anders in Freiburg. Hier erklärte ein Sprecher des Bistums unmittelbar nach der bayrischen Verzichtserklärung, an

den hiesigen Konkordatslehrstühlen festzuhalten.⁹ Freiburg und Mainz wären dann die letzten Universitäten, an denen die Kirche bei der Besetzung von Lehrstühlen außerhalb der theologischen Fakultäten mitreden darf.

Die meisten Studierenden wissen davon nichts. Der Philosoph Konrad Lotter spricht daher von Indoktrination und Etikettenschwindel: Die unabhängig scheidenden Professorinnen und Professoren würden ihre Glaubensüberzeugungen ungeschwellig in den wissenschaftlichen Diskurs einfließen lassen.¹⁰

Wie lange die Bastion hält, ist fraglich. Ein beachtlicher Teil der juristischen Fachliteratur hält die Konkordatslehrstühle inzwischen für verfassungswidrig.¹¹ Eine Gelegenheit das Badische Konkordat gerichtlich überprüfen zu lassen könnte sich ergeben, wenn einer der beiden Lehrstühle neu zu besetzen ist. Wichtiger noch wäre eine öffentlich geführte Diskussion darüber, ob die Institution der Konkordatslehrstühle noch zeitgemäß ist.

David Werdermann

1 Neumann, S. 82 ff.

2 Föhr, S. 51 f.

3 Will, S. 149.

4 Zitiert nach May, S. 369.

5 Neumann, S. 102 f.

6 May, S. 361 f.

7 Badische Zeitung vom 13.03.2009, online abrufbar unter <http://www.badische-zeitung.de/bildung-wissen-1/wo-die-kirche-mitredet-12624880.html>.

8 taz vom 24.03.2013, online abrufbar unter

<http://www.taz.de/!113341/>.

9 taz vom 25.03.2013, online abrufbar unter <http://www.taz.de/!113400/>.

10 Lotter, S. 57.

11 Vgl. Aufzählung in der Verfassungsbeschwerde, online abrufbar unter <http://konkordatslehrstuhlklage.de/wp-content/uploads/2013/02/Verfassungsbeschwerde-Wessels-23.3.12b.pdf>, S. 18.

Informationen/Literatur:

Blog zu den Verfahren gegen die bayerischen Konkordatslehrstühle: www.konkordatslehrstuhlklage.de

Ernst Föhr, Geschichte des Badischen Konkordats, Freiburg 1958.

Daniel Gotthardt: Konkordatslehrstühle, MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit, Heft 3/07, online abrufbar unter <http://www.miz-online.de/node/88>.

Johann-Albrecht Haupt, Konkordatslehrstühle – warum kneifen die bayerischen Bischöfe?, in: Till Müller-Heidelberg u.a., Grundrechtebericht 2014, Frankfurt am Main 2014, S. 187.

Konrad Lotter, Die Konkordatslehrstühle an den bayerischen Universitäten, Überformung und Verdrängung der Philosophie durch die katholische Religion, in: Widerspruch, Heft 45, 2007, S. 53, online abrufbar unter <http://konkordatslehrstuhlklage.de/wp-content/uploads/2009/08/lotter.pdf>.

Georg May, Mit Katholiken zu besetzende Professuren für Philosophie und Geschichte an der Universität Freiburg nach dem Badischen Konkordat vom 12. Oktober 1932, in: Bernhard Panzram u.a., Ius et salus animarum. Festschrift für Bernhard Panzram, Freiburg 1972, S. 341.

Thomas Neumann, Die sogenannten Konkordatsprofessuren, Genese und aktuelle Problemfelder, Essen 2013.

Konrad Tilmann, Die sogenannten Konkordatsprofessuren, Geschichtliche Entwicklung und Heutige Rechtsproblematik, Freiburg 1971.

Erich Will, Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Baden vom 12. Oktober 1932, Freiburg 1953.

Für Wiese, Freiheit und Öffentlichkeit!

Die geplante Umgestaltung des Platzes der Alten Synagoge zerstört alles, was ein gutes Leben ausmacht.

Seit nun schon einiger Zeit steht auf dem Platz der Alten Synagoge eine große Tafel, die über die geplante Neugestaltung des Platzes informiert: Die Wiese soll einer großen Steinfläche weichen.

Wer sich mit den Nutzerinnen und Nutzern des Platzes unterhält merkt schnell, dass diese Planungen auf wenig Verständnis stoßen. Gegen eine Neugestaltung der Fläche, die durch den Wegfall der Straße am Platz der Alten Synagoge entstehen

wird, hat eigentlich niemand etwas einzuwenden. Warum aber die Wiese komplett verschwinden soll, das ist niemandem so wirklich klar. Oft ist von einem „modernen“ und „urbanen“ Platz die Rede. Man zeigt aber ein reichlich verkürztes Verständnis von Moderne und Urbanität, wenn man meint, diese würden sich in einer kühl-neutralen Ästhetik von formaler Selbstgenügsamkeit und hermetischer Steinmonotonie erfüllen.

Wenn man dieser Tage bei Sonnenschein über den Platz läuft, spürt man sofort die einzigartige Atmosphäre. Der Platz ermöglicht ein gelassenes und ungezwungenes Verweilen und ist so für

viele Menschen alltäglicher Lebensort geworden. Hier trifft man auf eine außergewöhnliche Lebendigkeit und Vielfalt, von der auch die restliche Innenstadt bereichert wird. Der Platz ist so lebendig, weil er ein offener und unbestimmter Ort für alle Menschen ist. Man kann in Ruhe ein Buch lesen und Lernen, man kann Diskussionen führen, Malen, gemeinsam Mittagessen, mit Menschen ins Gespräch kommen, ein Theaterstück aufführen, Demos und Veranstaltungen abhalten, im Sand spielen, Menschen beobachten, man kann gemächlich plaudern, in der Sonne liegen, Nichtstun und mit Muße die Zeit verstreichen lassen: Die Atmosphäre des Ortes erschließt neue Perspektiven